

SPD Sozialdemokratischer pressediens

P. XXV/234

20. Dezember 1970

"Fektik" in der Ostpolitik?

Kiesinger wollte schon vor vier Jahren
Polen-Vertrag

Seite 1 und 2 : 54 Zeilen

Eine Gefahr für den Staat

"Aktion Widerstand" - eine Herausforderung
für die Demokratie

Von Dr. Bernhard Bußmann SPD-MdB
(Siegkreis I - Bonn-Land)

Umweltschutz - ein nationales und inter-
nationales Gebot

Bundeskanzler Willy Brandt wies neue Wege

Von Dr. Hans Bardens SPD-MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für
Familie, Jugend, Gesundheit

Seite 4 und 5 : 50 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt Bericht

Kurz notiert

Frauen ab Dreißig "zu alt"
Neue Variante der Frauen-Diskriminierung
im Berufsleben

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9159
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 97-38
Telex: 686 646/686 647
686 643 PPP 0

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

"Hektik" in der Ostpolitik?

Kiesinger wollte schon vor vier Jahren Polen-Vertrag

Die oppositionelle Kritik an der Ostpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung arbeitet in zunehmendem Maße auch mit der auf politische Schockwirkung bedachten Quasi-Argumentation, daß die Ostverträge mit "unverständlicher Hektik und Eile" abgeschlossen würden. Dieser Versuch verbindet sich mit der Unterstellung, daß diese "Hektik und Eile" auf die parteipolitischen Ambitionen des Bundeskanzlers und des Bundesaußenministers zurückzuführen seien, die angesichts einer innenpolitischen Bedrängnis spektakuläre außenpolitische Erfolge für ihre Koalition vorweisen möchten. Das wiederum soll der Bevölkerung den Verdacht einreden, daß Brandt und Scheel aus gerade diesen parteipolitischen Aspekten die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik hintenstellen und vernachlässigen.

Diese oppositionelle Agitation rechnet von vornherein mit der Vergeßlichkeit ihrer eigenen Wähler, denen man auch solche "Gegenbeweise" gegen die regierungsoffizielle Ostpolitik einreden zu können glaubt. Tatsache aber ist zum Beispiel vor allem, daß diese Ostpolitik, die heute unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler und seinem freidemokratischen Außenminister zügig verwirklicht wird, Kern- und Angelpunkt bereits der offiziell und formell erklärten Außenpolitik der Bundesregierung der "Großen Koalition" unter dem CDU-Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger gewesen war. In der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 hatte Kiesinger für die SPD und für die CDU/CSU vor dem Bundestag erklärt, daß es seiner

Regierung daran liege, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens zu verbessern und, wo immer dies nach den Umständen möglich sei, auch diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Und zu Polen hatte der Kanzler der Großen Koalition, Kiesinger, erklärt, daß in weiten Schichten des deutschen Volkes der lebhafteste Wunsch nach einer Aussöhnung mit Polen bestehe, dessen leidvolle Geschichte wir nicht vergessen hätten und "dessen Verlangen, endlich in einem Staatsgebiet mit gesicherten Grenzen zu leben, wir im Blick auf das gegenwärtige Schicksal unseres eigenen geliebten Volkes besser als in früheren Zeiten begreifen". Kiesinger hatte hinzugefügt, daß die Grenzen eines "wiedervereinigten Deutschland" in einer frei vereinbarten Regelung mit einer "gesamtdeutschen Regierung" festgelegt werden können.

Das also ist der Tatbestand zumindest seit dem 13. Dezember 1966, und der deutsch-polnische Vertrag, der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnet worden ist, entspricht in seiner Ost- und Polen-Passage den Feststellungen, die vor fast genau vier Jahren der CDU-Bundeskanzler der Großen Koalition auch im Namen der CDU/CSU-Fraktion vor dem Bundestag als Regierungserklärung vorgetragen hatte. Vier lange Jahre also - und heute halten es Politiker der CDU und der CSU für möglich und zulässig, von "unverständlicher Eile und Hektik" zu sprechen! Der Versuch, mit der Vergesslichkeit der Wähler zu spielen und sie zu übertölpeln, ist so dünnhäutig, daß er angesichts der unbestreitbaren Fakten zerplatzen und in sich zusammenfallen muß.

Eine Gefahr für den Staat

"Aktion Widerstand" - eine Herausforderung für die Demokratie

Von Dr. Bernhard Bußmann SPD-MdB (Siebtkreis I - Bonn-Land)

Nach den Ereignissen von Würzburg und Essen kann auch der Wohlmeinendste der sogenannten "Aktion Widerstand" nicht länger Wahrnehmung berechtigter politischer Belange und demokratisches Verhalten zubilligen. In Würzburg hatte diese Gruppe rd. 3.000 zur politischen Gewalttat entschlossener Anhänger aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengeholt und für Stunden die Straße beherrscht. Andersdenkende wurden zusammengeschlagen, und auf wohl vorbereiteten Plakaten, Transparenten und Flugzetteln wurden Mord- und Hetzparolen verbreitet. Gegen den nach Pressegesetz für diese Aktionen verantwortlichen Funktionär der "Aktion Widerstand" sind inzwischen von zwei Landgerichten einstweilige Verfügungen ergangen. Nichtsdestoweniger tritt er jetzt als Antragsteller für die in Bonn geplante neue Kundgebung auf. In richtiger Einschätzung der Situation hat der Bonner Polizeipräsident die neuerliche Veranstaltung verboten. Da die Vertreter der "Aktion Widerstand" dagegen Widerspruch einlegten, wird nunmehr das Verwaltungsgericht in Köln eine Entscheidung fällen, der wir mit großer Aufmerksamkeit entgegensehen.

Nach den Ereignissen von Würzburg und zuletzt in Essen, wo die Rechtsradikalen nicht davor zurückschreckten, mit ihren Autos in eine gegen diesen Terror protestierende Menge hineinzufahren, kann eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nicht mehr angezweifelt werden.

Für die Organisationen und Mitglieder der Industriegewerkschaften und des DGB, der SPD, der Jungsozialisten und der Falken im Bezirk Mittelrhein und für die Allgemeinen Studentenschaftsschüsse der Bonner Hochschulen ist jedenfalls klar, daß den nationalistischen Provokateuren der NPD und der "Aktion Widerstand" in Bonn eine gehörige Antwort gegeben wird. Denjenigen, die unsere demokratische Grundordnung planmäßig unterminieren und zerstören wollen, wird eine friedliche Demonstration zeigen, wo die Grenzen für solche antidemokratischen Vorhaben gesetzt sind. Diese staatstragenden Organisationen wollen und können sich nicht dem Verlangen zahlloser Betriebsräte und Belegschaften und weitesten Kreisen der Bevölkerung entziehen, die endlich Taten verlangen und die für ihren Staat, für Friedenspolitik und für Verständigung demonstrieren wollen.

+ + +

Umweltschutz - ein nationales und internationales Gebot

Bundeskanzler Willy Brandt wies neue Wege

Von Dr. Hans Bardanz SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Familie, Jugend, Gesundheit

Bundeskanzler Willy Brandt hat zum Abschluß des Europäischen Naturschutzjahres in einer Rede Gedanken geäußert, die zum Teil neue Perspektiven zur Problematik des Umweltschutzes sichtbar machten. Drei Gedanken sind es vor allem, die man in künftige Überlegungen mit einbeziehen sollte.

Der Bundeskanzler wies darauf hin, daß die Sicherung menschenwürdiger Umweltbedingungen auch Verzicht erfordert. Er sagte wörtlich: "Wir müssen künftig auf manches verzichten, was zwar ökonomisch rentabel, aber gesellschaftlich bedenklich ist. Und wir müssen manches, was ökonomisch als unrentabel erscheinen mag, gesellschaftlich durchsetzen."

Die teilweise übersteigerten Erwartungen, daß Umweltschutz eine Angelegenheit des Gesetzgebers und der Regierung allein sei, wird so korrigiert. Alle werden bei gerechter sozialer Beteiligung bei der Bewältigung dieser Aufgabe mittragen müssen.

"Die aktive Gestaltung unserer Umwelt", meinte Willy Brandt, "ist ein gesellschaftspolitisches Ziel, das sich mit dem Ziel einer bloßen Wohlstandssteigerung nicht vereinbaren läßt. Der Bundeskanzler hat ferner auf die Notwendigkeit der internationalen Kooperation auf dem Gebiet des Umweltschutzes hingewiesen. Neben den bereits bestehenden (und zu verbessernden) Formen der Zusammenarbeit mit unseren west-

lichen Partnern sei auch eine intensive Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn und besonders mit der DDR in Umweltfragen notwendig und möglich.

Muß es denn nicht für die Verwirrung der Verhältnisse als typisch erscheinen, daß es zwar weitgehende Vereinbarungen mit unseren Nachbarn für die Reinhaltung des Rheins und der Mosel gibt, aber keine offizielle Zusammenarbeit für die Reinhaltung der Elbe?

Schwedische Beobachtungen zeigen, daß die Ostsee, deren Haushalt dem eines großen Binnensees entspricht, von allen Anrainern laufend weiter verschmutzt und in ihrem biologischen Gesamtzustand ungünstig verändert wird. Bietet sich hier nicht eine Zusammenarbeit im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft an, eine Zusammenarbeit, die kaum durch sachfremde Ideologisierung beeinträchtigt werden kann?

Die Aufgaben des Umweltschutzes, und das ist der dritte Gedanke, den ich aus der Rede Willy Brandts aufgreifen möchte, sollten kein Feld für parteipolitische Auseinandersetzungen sein. Er drückte seine Zuversicht aus, daß die notwendigen Beschlüsse, in Bezug auf verfassungsändernde Gesetze von einer breiten Mehrheit getragen werden. Alle Gruppen werden ihrer Verantwortung für unsere und für künftige Generationen gerecht werden müssen. Forderungen zum Umweltschutz eignen sich nicht zu Schlaginstrumenten in der parteipolitischen Auseinandersetzung.

Die Rede des Bundeskanzlers hat Illusionen gedämpft, aber gleichzeitig neue Wege gewiesen. In dieser nüchternen sachlichen Atmosphäre wird man an die Arbeit gehen können.